

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: In Polaris für gewöhnliche Anzeigen aus Schießen 2,50 Pf., auswärts 3,50 Pf., Bestenfalls 4,50 Pf., Anzeigen unter 10 Zeilen 1,50 Pf., Bestenfalls 2,00 Pf., Familienanzeigen 0,35 Pf., Anzeigen für die Besondere werden nach Vereinbarung von 20 Pf. angesetzt. Die Besondere Nummer müssen bis vormittag 11 Uhr (12 Uhr vormittag) in der Redaktion des Postamt 4-6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werttätige Bevölkerung
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal im Jahr. Preis 1,20 Pf., monatlich 4,10 Pf., vierteljährlich 12,30 Pf., einschließlich Postgebühren. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15,30 Pf., sechs Monate 28,30 Pf., ein Jahr 51,30 Pf., einschließlich Postgebühren. Einzelhefte 1,20 Pf., einschließlich Postgebühren.

Die Wirkung im Ausland.

Neubildung der Regierung in Preußen.

Der **Formärz** schreibt: Genosse **Meis** hatte eine Unterredung mit dem preußischen Ministerpräsidenten **Stegerwald**. Sie ergab Uebereinstimmung in der Ueberzeugung, daß es notwendig sei, unmittelbar nach Pfingsten eine Umbildung des preußischen Kabinetts im Sinne der veränderten Parteigruppierung im Reich herbeizuführen.

Von zutändiger Stelle, d. h. also von **Stegerwald**, wird folgende Erklärung abgegeben:

Es ist nicht richtig, daß Ministerpräsident **Stegerwald** bereits durch den Abgeordneten **Dr. Trimborn**, den Vorsitzenden der Zentrumspartei, die Portefeuilles des gesamten preußischen Kabinetts zur Verfügung gestellt hat. Dieser Weg wäre staatsrechtlich nicht gangbar. Es wäre auch nicht loyal gegen die übrigen preußischen Staatsminister gewesen, so zu verfahren, ohne vorher einen Beschluß des Staatsministeriums herbeizuführen. Im übrigen steht Ministerpräsident **Stegerwald** auf dem Standpunkt, daß sich aus der neu geschaffenen politischen Lage im Reich ganz selbstverständlich auch Konsequenzen für die preußische Politik ergeben. Die sozialdemokratische Mehrheitspartei hat nach der Ansicht **Stegerwalds** allen Anspruch darauf, von ihm jetzt genau so behandelt zu werden, wie bei der preußischen Regierungsbildung nach dem Eintritte der Sozialdemokratie. Damals hatte **Stegerwald** erklärt, daß die Deutsche Volkspartei, da sie in dieser Schicksalsstunde die Mitsprachewortung am Reich trage, auch nicht aus der Regierung des größten Bundesstaates ausgeschlossen werden dürfte. Dieser gleiche Gesichtspunkt treffe nunmehr nach dem Eintritte der Sozialdemokraten in die Reichsregierung auf diese Partei und für Preußen zu.

Praktisch gedenkt Ministerpräsident **Stegerwald** keine übereilten Schritte zu tun, sondern erst die volle Klärung im Reich abzuwarten und dann seine Folgerungen zu ziehen. Ein sehr wichtiger Umstand, der ihn von dieser sofortigen Neubildung der Regierung abhält, ist auch die Tatsache, daß Ministerpräsident **Stegerwald** seinerzeit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten gewählt worden ist. Logisch wäre also zunächst die Folgerung der Neuwahl des Ministerpräsidenten und im Anschluß daran die Neuberufung des gesamten Kabinetts. Da der Landtag nicht gut über Pfingsten zusammengekehrt werden kann, dürfte kurz nach Pfingsten diese neue Entwicklung eingeleitet werden.

Die deutsche Antwort auf das Ultimatum.

Amlich, Dem deutschen Volkshatler in London ist in der vergangenen Nacht folgende Note zur Uebereinstimmung an **Blond George** telegraphisch überliefert worden:

Auf Grund Beschlusses des Reichstages bin ich beauftragt, mit Beziehung auf die Entschiedenheit der alliierten Mächte vom 5. Mai 1921 namens der neuen deutschen Regierung folgendes wie verlangt zu erklären: Die deutsche Regierung ist entschlossen:

1. ohne Vorbehalt oder Bedingung ihre Verpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgestellt sind, zu erfüllen;
 2. ohne Vorbehalt oder Bedingung die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Garantienmaßnahmen anzunehmen und zu verwirklichen;
 3. ohne Vorbehalt oder Bedingung die Maßnahmen zur Abklärung zu Lande, zu Wasser und in der Luft auszuführen, die ihr in der Note der alliierten Mächte vom 2. Januar 1921 mitgeteilt worden sind, wobei die rückständigen sofort und die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind;
 4. ohne Vorbehalt oder Bedingung die Aburteilung der Kriegsschuldigen durchzuführen und die übrigen unerfüllten in erster Reihe der Note der alliierten Regierungen vom 5. Mai erwünschten Vertragsbestimmungen auszuführen.
- Ich bitte, die alliierten Mächte von dieser Erklärung anverwandelt in Kenntnis zu setzen. (gez.) **Wirth**.
- Dieselbe Note ist nach Paris, Rom, Brüssel und Tokio gelangt worden.

Gute Wirkung sogar in Frankreich.

Der französische Volkskatholikverträdige, Ministerialdirektor **Seydoux**, erklärte einem Vertreter der „Chicago Tribune“, das Londoner Abkommen trage vollkommen wirtschaftlichen Charakter. In den Bedingungen dieses Ultimatus finde sich weder Politik noch Kriegselemente. Ihre Annahme und Ausführung im rechten Geiste werde einer Umschwung herbeiführen, aus dem die Erneuerung und Erhellung Deutschlands hervorgehen werde. **Wirth** hat sich hoch über die Freidenker höher als der Krieg. Die Stimme, die zuerst denen den Frieden versprochen habe, die guten Willens sind, lasse sich seit langem zum ersten Male wieder vernehmen.

Beifall im englischen Unterhaus.

Lloyd **George** verlas im Unterhaus die Antwort der deutschen Regierung auf das Ultimatum der Alliierten, in der die Forderungen der Alliierten bezüglich Reparationen, der Entschuldigungen der Garantien und des Verfahrens gegen die Kriegsschuldigen bedingungslos angenommen sind. Lloyd **George** sagte, er habe alle beteiligten Regierungen telegraphisch verständigt und sagte hinge: „Dieses ist die vollständige Annahme aller Forderungen.“ (Lauter, anhaltender Beifall.)

Stresemann will jetzt wieder in Oberschlesien und die polnische Innenpolitik.

Er will bei der Sozialisierung mitarbeiten.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

In der „Täglichen Rundschau“ veröffentlicht **Gustav Stresemann** einen Aufsatz: „Nach der Entscheidung“.

Er enthält sich jeder abfälligen Bemerkung über die Parteien, die dem Ultimatum zugestimmt haben. Er kann ja auch schwerlich in das Geschrei über die Ententemächte einstimmen, weil er selbst schon längst war und hervorragende Mitglieder seiner Fraktion ebenfalls dem Ultimatum zugestimmt haben. Man erzählt von **Stresemann**, daß vor dem Eintreffen des Ultimatus lebhaft Bemühungen zur Schaffung eines Kabinetts des nationalen Widerstandes sich beständig, jeder Gedanke aber an Widerstand des Zentrums scheiterte. **Stresemann** sieht aber aus der Notwendigkeit, die Bedingungen zu erfüllen, doch ein tragfähiges deutsches Kabinett kommen und gibt deshalb dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die jetzige Koalition das Wort. Derselbe Herr **Stresemann**, der vor einigen Monaten auf einem Parteitag in Nürnberg ins Land rief, er werde der Sozialdemokratie diffidieren, unter welchen Bedingungen sie in die Regierung aufgenommen werde, ist jetzt recht feindlich, denn er schreibt: „Wenn ich im Reich und in Preußen Kabinettsbildungen einleite, die unter Ausschaltung der Deutschen Volkspartei die alte Koalition von Weimar neu begründen, dann ist das ein Rückschritt der Entwicklung, der nicht nur in der Deutschen Volkspartei, sondern auch in den übrigen bisherigen bürgerlichen Regierungsparteien bitter empfunden wird. Das Brot der Regierungsverantwortlichkeit ist viel bitterer zu essen, als das süße Manna der Opposition. Wenn aber die großen Probleme, auf wirtschaftlichem, finanziellem und sozialem Gebiet zu lösen sind, die uns durch die jetzt wirksam werdende Durchführung des Friedensvertrages auferlegt werden, dann dürfte keine solche Zeit der parteipolitischen Zerissenheit, sondern dann müßten sie ein Zusammenwirken aller derjenigen Fraktionen finden, die als Führer der Wirtschaft oder als Führer der Arbeit gemeinsam diese Frage zu lösen haben, soweit sie überhaupt zu lösen ist. Das sind vielleicht große Umformungen der Wirtschaft nötig, ein tiefer Einschnitt in alles bisher Gewesene.“ **Stresemann** schließt mit dem Satz: „Das Kabinett Wirth kann die Schwierigkeiten nicht lösen. Der bestehende und verpöbete nationale Einheitsfront wird doch einmal die Zukunft gehören müssen.“

Der Aufsatz **Stresemanns** wäre wirkvoller gewesen, wenn er ausführlich gesagt hätte, was er unter den „großen Umformungen der Wirtschaft“ versteht. Vielleicht nimmt Herr **Stinnes** selbst das Wort.

Nach der nunmehr erschienenen Abstimmungsliste wurden bei der Entscheidung über die Annahme des Ultimatus 306 Stimmen abgegeben, von denen drei unglücklich waren. Von den gültigen Stimmen waren 220 für „ja“, 172 für „nein“. Ein Abgeordneter enthielt sich der Abstimmung der Zentrumsgewählten **Bornesfeld-Ettmann**. Das Zentrum stimmte im übrigen geschlossen mit ja, ebenso die sozialdemokratische Fraktion und die Unabhängigen. Die deutschnationale Volkspartei stimmte geschlossen mit nein. Von der Deutschen Volkspartei stimmten mit ja **Abg. Dr. Heine**, von **Karlsruhe**, **Frau v. Helm**, **v. Naumer**, **Frau v. Rheinbaben**. Die Deutsche Demokratische Partei hat sich so ziemlich in zwei gleiche Teile gespalten. Mit ja stimmten **Graf Bernstorff**, **Dr. Böhm-Magadanz**, **Dr. Bernburg**, **Dr. Gehler**, **Dr. Heber**, **Dr. Koch**, **Dr. Kohnke**, **Dr. Kretzer**, **Schiffer**, **Dr. Schilling**. Von der Bayerischen Volkspartei stimmten mit ja die Abgeordneten **Bonshof** und **Schirmer**. Die Welfen stimmten mit nein.

Von den Kommunisten hat der **Samberger Kreis** als Einziger für das Ultimatum gestimmt.

Die Mark steigt.

Die Annahme des Ultimatus hat auf dem internationalen Devisenmarkt eine allgemeine Entspannung bewirkt, die darin zum Ausdruck kam, daß seit gestern abend starke Markkäufe im In- und Ausland einsetzten. Die Mark stieg infolgedessen sprunghaft, während andererseits die Devisenrente stark nach unten neigte. Den Höhepunkt erreichte diese Bewegung gestern vormittag.

Die Erklärung des Abg. Dr. Heine (Bayr. Volkspartei)

im Reichstag lautet in ihrer entscheidenden Stelle, die der T.-U.-Bericht merkwürdiger Weise wegläßt.

Die erfreulichen Anzeichen für die Wiedergelendung in unserer Heimat (andauernde Unterbrechungen auf der linken Seite), an der alle Stände, Arbeiter wie Bauern, Handel- und Gewerbetreibende, die Beamenschaft und die Angehörigen der freien Berufe Anteil haben, ermutigt uns, die Hoffnung auszusprechen, daß an einen

Abbau der Selbstmitleidensgeheimnisse gedacht werden kann. (Beifall bei der Rede.) Dieser Zeitpunkt näher zu rücken, haben gerade die Alliierten in der Hand, wenn sie der Auffassung der notwendigen Sicherheitspolitik keinen Widerstand entgegenstellen. (Lauter bei den Kommunisten: Ja, ja, das Jauchehaus!) Wir hoffen, daß dies der Geist der Einigkeit innerhalb des deutschen Vaterlandes sei. (Beifall. Unterbrechungen bei den Kommunisten.) — Die Rede löste! (Weiterlekt.)

Parteitag in Weitz am 18. September.

Der Parteivorstand und Parteianführer haben in Weitz genommen, den diesjährigen Parteitag auf den 18. September nach Weitz einzuberufen. Es kam auch über die ernsthafte Frage, jedoch machte dieser Gedanke wegen der drohenden Ausdehnung der Kriegswirtschaft aufgegeben werden.

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Der polnische Zustand in Oberschlesien stellt die Kräfte, die in Polen für und wider eine abenteuerliche Richtung der polnischen Gesamtpolitik nun schon so lange im Streite liegen, aufs neue vor eine harte Probe. Es ist wichtig, sich über diese Kräfte und Motive, unter denen die wirtschaftlichen eine nicht geringe Rolle spielen, Rechenschaft abzulegen. Polen sieht, wie jeder Berliner oder Danziger Börsezeitung liest, was seine Valuta betrifft, an der Spitze der europäischen Staaten, aber von unten; dasselbe läßt sich nach dem Urteil selbst seiner Freunde, der Franzosen, wie zum Beispiel von **Georges Linne** im „Paris-Midi“, über seine Verwaltung sagen. Nicht aber von seiner Militärmacht. Zahlenmäßig kommt die polnische Armee auf dem europäischen Kontinent heute an zweiter Stelle und das „von oben“. Auf Frankreich folgt Polen sogleich mit sechshunderttausend Mann. Die polnische Militär- und Wehrpolitik wird seit Beginn dieses Jahres von zwei widerstrebenden Tendenzen hin- und hergezogen. Es ist Tatsache und steht nicht nur auf dem Papier, daß man, nach dem Abschluß des Definitivfriedens mit Rußland, begann, den schon früher vorbereiteten Demobilisierungsplan langsam zu realisieren, und eine zwar zögernde, aber doch schrittweise fortgehende Entlassung von Mannschaften sich vollzog. Auch das Heeresgut wurde stufenweise liquidiert, ein Teil der Pferde der Landwirtschaft wiedergegeben. Verschleuderte die **Kessors** drängten darauf. Der Finanzminister **Steczowski**, den man ja zwecks Sanierung der Finanzen berufen hatte, betonte immer wieder, daß seine Aufgabe selbst im mindesten Maße nur dann durchführbar wäre, wenn mit dem monströsen Heeresbudget abgebaut würde. Das Landwirtschaftsministerium forderte Rückgabe der Arbeitskräfte und des requirierten Inventars an das Gut- und Bauernland. Endlich gibt es im Heere selbst eine nicht einflusslose Gruppe, deren namhaftester Vertreter der General **Szeptycki** ist, die zwar für die Zukunft erstrebt, ja über alle bisherigen Erfahrungen hinaus entscheidende Aufgaben für die polnische Wehrfähigkeit erwarten, aber eine organische Stärkung des gesamten Staatskörpers, namentlich auch durch wirtschaftliche Geländung, für eine bessere Vorbereitung darauf halten, als die gegenwärtige Uebersteigerung der Rüstungslast, die ein schwindfüchtiger Wirtschaftskörper kaum mehr fortzuschleppen kann. Diese moderierten und auf weitere Sicht eingestellten Ansichten sind im wesentlichen auch diejenigen des gegenwärtigen Ministerpräsidenten in Polen, des Bauern **Witos**. Gerade keine Wählerkraft, die bäuerliche Bevölkerung, die die Masse des einfachen Soldaten stellt, hat von der Kriegslage genug und verlangt ihre Söhne zurück. So waren denn eine ganze Reihe von recht erheblichen Faktionen in Polen durchaus für einen Abbau der Militärmacht und damit auch gegen eine Erneuerung von Ananiasen, die sich mit solchen Absichten nicht vereinigen ließe.

Aber freilich fand auch eine durchaus anders gerichtete Tendenz ihre Vertretung. In jedem Heere gibt es Leute genug, denen Kriegszeit gar nicht lange genug dauern können. In der gegenwärtigen polnischen Armee kommt das Ueberwachen parteipolitischer Tendenzen hinzu. Die Gruppe des Generals **Haller**, die Gruppe des Generals **Doborski-Rusnicki**, beide im nationaldemokratischen Jahrgang, haben sich noch immer nicht damit abfinden können, daß ihr innerpolitischer Gegner, ihr Rivale **Witos**, als Staatsoberhaupt auch zugleich oberster Heerführer ist. Feldzüge schaffen innerpolitisch aus demselben Situationen. Die Bedrohung Warschaws im vergangenen Sommer und der Anteil **Hallers** an der Verteidigung der Hauptstadt führte schon damals bis dicht an eine Generalsresolution. Man würde eine neue Gelegenheitsvielleicht besser ausnutzen. Ferner wäre der außenpolitischen Zusammenhänge zu gedenken. In Polen finden Ratschläge, aus den allgemeinen europäischen Umwälzungen im Gefolge der Siegerstaaten sich Vorteile zu holen, besonders leicht ein Geis. Denn Staaten werden von den Kräften weitergeführt, die sie schaffen, — auch von denen, die sie wieder erschaffen.

Endlich ist nicht zu vergessen, welche Gefahr die oberste Frage, die solche Deutemotive wieder werden mußte, im polnischen politischen Rationnement mit der Zeit angenommen hatte. Vermutlich in Uebereinstimmung

Die Demarkationslinie Tatfrage.

Die Times meldet aus Weihen: Die Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission und den polnischen Aufständischen hätten zu der Anerkennung der Korfanty-Linie als Demarkationslinie übernehme die Verantwortung für die Oberaufsicht des Gebietes. Die Aufständischen erhielten jedoch die Kontrolle der Eisenbahnen. Wie das Blatt weiter meldet, ist die Demarkationslinie in Oberschlesien vollständig. In Weihen befindet sich ein Bataillon französischer Jäger mit Tanks zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Trotzdem könnten die bewaffneten Aufständischen ungehindert die ganze Nacht die Stadt durch Schießereien wachhalten. Die Autorität des britischen Kommandeurs des Weihen Stadtkreises sei auf die vier Wände seines Hauses beschränkt. Der Times zufolge können Worte die Erbitterung und Entzückung der Briten und Italiener in Vertretung nicht schildern. Seit Monaten sei die Parteinahme der Franzosen zu Gunsten der Polen bekannt. Die Italiener, die 30 oder 40 Mann an Toten verloren hätten, würden dem gleichen Schicksal zum Opfer fallen, taum gleichgültig zerkarren.

Die „Oberschlesische Post“, eine in Gleiwitz erscheinende polnische Zeitung, meldet: Der polnische Kommandant veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Auf Grund einer Vereinbarung der obersten Leitung der Truppen der Aufständischen mit den alliierten Behörden sind die militärischen Operationen eingestellt und eine Demarkationslinie festgelegt worden, auf welcher die Aufständischen Halt gemacht haben. Die Linie entspricht voll den Stellungen, welche die Aufständischen besetzt haben. Die interalliierten Behörden haben die Garantie übernommen, diese Linie aufrecht zu erhalten und den Waffenstillstand durchzuführen. Die Demarkationslinie läuft längs der Oder bis zur Fähre westlich von Dzierzgowitz-Dorf zur Randzahnweiche Lujez-Groß-Strehlitz und Kolonowka, östlich von Gutentag, durch Bohanowitz-Kreis Rosenberg bis zur polnischen Grenze.

Die Lage der deutschen Bevölkerung.

Aus Katowitz wird uns heute folgendes Bild der Lage gegeben: Die Nachrichten, die über Zerstörungen in den Betrieben verbreitet wurden, sind zum Teil unrichtig. Das Gebäude des Volkswillens, gegen das bekanntlich bei der ersten Besetzung von Katowitz durch die Insurgenten eine Handgranate geschleudert wurde, wurde dadurch nur unzerstört beschädigt. Das Blatt kann weiterhin gedruckt werden, nur ist die Verbreitung allerdings ausschließlich bis zur Postenkette der Insurgenten an der Stadtgrenze möglich. Auch das Erlaufen der Dämme und der Charlottengrube ist nicht befehligt, ebensowenig die Sprengung des Emaillierwerkes von Gottschalkowitz.

Die Katowitzer Arbeiter werden an der Wiederaufnahme der Arbeit außerhalb des engsten Stadtbezirks auch weiterhin von den Insurgenten gehindert. Diese erkennen nur die Passierscheine an, die von der Leitung der Insurgenten ausgestellt werden.

In den ländlichen Bezirken werden neben den Verhandlungen der Interalliierten Kommission, die zum Teil noch bekannt gegeben werden, jetzt überall die der Insurgenten als geltendes Recht anerkannt.

Ein Bericht über die Lage aus Oppeln, der uns zugeht, läßt erkennen, daß die Kämpfe überall abgeklaut sind. Praktisch ist ja auch die Demarkationslinie, die die Polen erstrecken, im wesentlichen Tatfrage geworden. — Die Bismarck-Hütte hat ihren Betrieb einstellen müssen.

„Erwägungen“.

Im Unterhause erklärte Chamberlain, die polnische Aktion in Oberschlesien sei offensichtlich ein überlegter Versuch, den Vertrag von Versailles unwirksam zu machen. Die britische Regierung und die alliierten Regierungen hätten nicht die Absicht, es zuzulassen, daß die jehigen heillosen Ereignisse sie irgendwie von der gerechten Durchführung des Vertrages ablenken. Die Aufzuchtbewegung habe eine höchst schwache und heikle Lage geschaffen. Er ziehe es deshalb vor, sich auf die Erklärung zu beschränken, daß die britische Regierung in enger Fühlung mit den alliierten Regierungen das beste Mittel darin erblicke, mit der Sache fertig zu werden. Die britische Regierung habe bereits gewisse praktische Vorschläge gemacht, welche zurzeit erwogen würden.

Eine englische Warnung an beide Seiten.

Kreuzer verbreitet folgende Mitteilung: Eine aus zuverlässiger Quelle stammende Nachricht, wonach deutsche Truppenzusammenschlüsse in der Gegend von Rosenberg stattfinden, wird hier als sehr ernst angesehen. Man hofft, daß die sehr ersten Folgen einer deutschen Wiedereroberung vermieden werden. Die Deutschen haben bisher die größte Zurückhaltung beobachtet, aber der gute Eindruck, der hier in vollem Maße bestand, wird hier durch den Versuch eines Appells an die Gewalt beeinträchtigt werden, besonders während der Bemühungen der Interalliierten Kommission, die deutsche Bevölkerung gegen Angriffe bis zum äußersten zu schützen. Die Haltung der Warschauer Regierung wird ernst beurteilt. Die Nachricht über einen amtlichen Beschluß, die Aufständischen zu ermutigen und der Aufruf Hallers zugunsten einer Unterstützung der Aufständischen, befestigt hier die Überzeugung, daß die Warschauer Regierung den fürchtbaren Ernst der Lage nur unvollkommen erfährt hat.

Dazu wird dem W.L.B. mitgeteilt: Wenn die Bevölkerung selbst in den bedrohten Gebieten sich mit allen Mitteln gegen die polnischen Banden zu schützen bestrebt ist, so handelt es sich um Akte der Notwehr, da die bisherigen Maßnahmen der Inter-

alliierten Kommission bisher keinerlei Gewähr für ausreichenden Schutz der deutschgesinnten Bevölkerung geboten hat. Auch wenn sich die Meldung über den angeblich abgeschlossenen Waffenstillstand bestätigen sollte, so bietet ein derartiges Abkommen zwischen den Aufständischen und der Interalliierten Kommission nach den Erfahrungen, die bisher gemacht worden sind, nicht die geringste Sicherheit für Leib und Leben der Bewohner in den gefährdeten Gebieten. Die Nachricht über deutsche Truppenzusammenschlüsse in der Gegend von Rosenberg stammt allem Anschein nach aus polnischer Quelle. Es wird noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß Truppenzusammenschlüsse nicht stattfinden und nicht stattfinden dürfen. Kein Angehöriger von Truppenteilen des Reichsheeres befindet sich im Aufstimmungsgebiet.

Polnische Kriegssplüßche.

Warschau, 11. Mai. (Drahtbericht) Die Zeitungen fahren fort, die unglücklichsten Falschmeldungen über Deutschlands Ränke und Kriegszustände zu bringen. So wird u. a. behauptet, in ganz Deutschland, und vornehmlich in Breslau (!) seien Vorkehrungen getroffen, um aus den ober-schlesischen Aufstimmungsgebieten bewaffnete Abteilungen für den Kampf mit den Aufständischen zu bilden. Einige dieser Abteilungen seien bereits in Oberschlesien eingedrungen. Selbst noch eifrigste Blätter scheuen sich nicht zu melden, daß Deutsche, als italienische Soldaten verkleidet (!), in vielen Orten, schafften im Kampf gegen die Polen aufgetreten und bereits mehrere Hundert von solchen verkleideten Deutschen gefangen genommen seien.

Die Annahme des Ultimatus als Rettung Oberschlesiens.

In der „Täglichen Rundschau“, dem Berliner Blatt der Deutschen Volkspartei, lesen wir:

In übrigen hat die Deutsche Volkspartei, der ursprünglich die Führung des neuen Kabinetts von den übrigen Parteien zugebracht war, von Anfang ihrer Aktion an bei der englischen Regierung festzustellen versucht, ob eine Sicherung für Schlesien zu erreichen ist oder nicht. Es ist ihr von maßgebender englischer Seite die Zusage gegeben worden, daß nach Annahme des Ultimatus Englands, Italien und Japan sich einer Preisgabe Schlesiens an Polen widerlegen werden. Eine amtliche Zusage liegt allerdings bis zur Stunde nicht vor.

Trotzdem glaubte die Fraktion der Deutschen Volkspartei in ihrer großen Mehrheit die Ablehnung des Ultimatus verantwortlich zu können! Der Abgeordnete Dr. Stresemann wollte nur dann regieren, wenn er von vornherein absolut sicher war, mit großer Parteierfolge aufzutreten zu können. Es genügt ihm nicht, die Lage der deutschen Nationen bei den kommenden internationalen Entscheidungen verbessern zu können, denn im Hintergrunde hegte, die deutsch-nationale Presse, für die seit Jahren auch Männer wie Dr. Heine, Herr v. Karhoff, Herr v. Kaumer und andere verantwortungsbewußte Politiker der Rechtsparteien „im Dienste Frankreichs“ stehen, weil sie lieber zu schweigen versuchen als ihr Gebiet und Oberschlesien glatt auszuliefern.

Pressestimmen zur Annahme und Regierungsbildung.

Die „Völkische Zeitung“ schreibt: Daß in diesem Ministerium der Unterzeichnung der früheren Reichsfinanzminister Wirth das Präsidium innehat, ist eigentlich eine folgerichtige Entscheidung, denn der jetzige Reichsminister hat ziemlich von Anfang an in scharfer Opposition gegenüber dem Außenminister schon vor London die Notwendigkeit der Aufstellung fester Vorschläge betont. Er hat die vorerwähnte Festlegung des Außenministers aus dessen jüdischen Kreisen als ein gewagtes Experiment betrachtet, und er hat dann nach dem Londoner Mißerfolg die Notwendigkeit eines neuen Arrangements und schließlich den Antrag zur Annahme der Ententebedingungen neben dem Minister v. Kaumer an entliehenen Texten.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Von einem unvergleichlichen sittlichen Tiefstand zeugt es, wenn heute ein Teil der deutsch-nationalen Presse — noch nicht die ganze — diejenigen, die lieber Geld und Gut als das Ruhrgebiet opfern wollten, mit Rot bewirft und die „Deutsche Tageszeitung“ über ihren Leitartikel in die diesem Falle besonders schandhaften und idiotischen Worte „Im Dienste Frankreichs“ schreibt. Man könnte antworten, daß „Im Dienste Frankreichs“ eigentlich mehr diejenigen wärten, die ohne innere Ehrlichkeit dem französischen Militarismus den erlebten Anlaß zum Einmarsch, zur Besetzung deutschen Bodens, liefern möchten und Wegbahner der französischen Generale sind. Man könnte den Vertretern des Großenunternehmens antworten und wird, wenn es nötig werden sollte, ihnen sehr laut antworten müssen, daß es hundertmal patriotischer ist, Land und Volk zu schützen als das Portemonnaie. Wir möchten eine solche Aussage wahrhaftig nicht. Wenn aber deutsch-nationale Agitatoren meinen, daß sie etwas dabei gewinnen könnten, dann irren sie sich sehr. Herr Herget hat gestern allerlei über die erziehlige Aufgabe der „aufrechten Männer“ — womit er sich und seine Parteigenossen meinte — gesagt. Man kann wohl beweisen, daß jemand, der durch Leichtsinnigkeit und Unwissenheit dazu beigetragen hat, Deutschland in den Abgrund zu stürzen, gerade für die Erschwerrolle paßt.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt zur neuen Regierung: „Das Verdienst, Deutschland vor der unmittelbaren Katastrophe gerettet zu haben, gebührt diesmal, wie vor zwei Jahren in Weimar, in erster Linie wieder den Sozialdemokraten und dem Zentrum. Damit sind wir zu der alten republikanisch-demokratisch-sozialen Koalition zurückgekehrt. Neu hinzugezogen sind die Unabhängigen als Ergänzung für die Regierungskoalition. Das ist die Wandlung, die sich vollzogen hat. Es war mehr als nur ein Entschluß für oder gegen eine Unterjochung.“

Das unabhängige Organ, die „Freiheit“, gesteht, daß nur das Eintreten der Sozialdemokratie die Besetzung des Ruhrgebiets und die daraus folgenden traurigen Situationen für die Arbeiterklasse vermeiden konnte. In der augenblicklichen kritischen Situation legen die Unabhängigen überhaupt eine Haltung an den Tag, die mehr von Nationalbewußtsein zeugt, als die Haltung derjenigen Leute, die sich geizmen, die Sozialisten als Vaterlandsverräter hinzustellen. Es ist anerkennenswert, wenn die Unabhängigen trotz der Krise innerhalb ihrer Partei parteiübergreifende Momente ausschalten und sich bereit erklären, die Regierung, die unter dem Druck großer Not entstand und unter diesem Druck arbeiten wird, nach ihren Taten zu beurteilen. Nachdem die U. S. D. entgegen ihrer bisherigen Stellungnahme eine solche Erkenntnis zum Ausdruck bringen, wäre es zum Vorteil der Arbeiterklasse, wenn sie bei der Beurteilung der Taten tatsächlich auch die Umstände berücksichtigen würden, unter die diese Taten ausgeführt werden. Sollten die Unabhängigen außer der augenblicklichen Erkenntnis auch noch die vorklebende Einsicht wollen lassen, dann wäre das augenblickliche Reichsstatut trotz aller Hebe der Portemonnaieinteressen gestiftet und es wäre für uns ein äußerst wichtiger Grund vorhanden, der die Wünsche der Demokraten, bald eine Erweiterung der Koalition durch die Volkspartei vorzunehmen, ohne weiteres erledigen würde.

Aus der Provinz Schlesien.

Späte Aufklärung.

Zu dem Artikel in Nr. 22 vom 27. 1. 21 (!) „Ein Zollbeamter als Schmuggler“ schreibt uns das Landesfinanzamt: In der Angelegenheit, die in Nr. 22 der „Volkswacht“ der Artikel „Ein Zollbeamter als Schmuggler“ schildert, sind eingehende Ermittlungen angestellt worden; diese haben die völlige Haltlosigkeit der Anschuldigungen gegen den angegriffenen Zollbeamten ergeben. Mit Rücksicht darauf, daß die tatsächlichen Vorgänge längere Zeit zurückliegen, erübrigt es sich, auf die Einzelheiten hier einzugehen. Hervorzuheben ist nur, daß dem beschuldigten Zollbeamten nicht die geringste strafbare oder disziplinarwidrige Handlung vorgeworfen werden kann. Er ist weder festgenommen worden, noch um seiner Festnahme zu entgehen, über Stadt und Stein gerannt. Gegen ihn ist bei keiner Stelle eine Anzeige der schlesischen Zollbehörden oder von anderer Seite eingegangen.

Bei dem schlesischen Bezirksoberverwalter in Nachod ist festgestellt worden, daß gegen den Beamten weder ein Verfahren anhängig gemacht, noch eine Anordnung, ihn beim Betreten schlesischen Gebietes zu verhaften, getroffen worden ist. Für die vorgelegte Behörde lag deshalb kein Grund vor, gegen den Beamten in irgend einer Weise vorzugehen.

Die unzutreffenden Veröffentlichungen sind wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß in Rudowa vor kurzem ein Strafverfahren wegen umfangreichen Ausfuhrschmuggels anhängig gemacht worden ist, an dessen Aufklärung der angegriffene Zollbeamte in erster Linie beteiligt war.

Wir geben von dieser amtlichen Darstellung Kenntnis. Daß die Behörde zur Aufklärung der Sache vier Monate gebraucht hat, ist bedauerlich, aber wohl mit der Notwendigkeit von Rückfragen in Frage zu entschuldigen, die erfahrungsgemäß überaus lange aufhalten.

Amptlich. Nordberuf aus Eifersucht. In Groß-Wilkau unternahm der Fleischer Fritz Simon aus Quangenborn einen Nordberuf gegen die Tochter des im gleichen Orte wohnenden Stellenbesitzers Born. Letztere wollte von Heiratsträgen, die ihr Simon machte, nichts wissen und hatte ihn bereits mehrfach zurückgewiesen. Ebenso hatte er sich Abjagen bei den Eltern des Mädchens geholt. Diese Vorgänge ließen in Simon den Mordreife, das Mädchen zu ermorden. Als dieses mit der Mutter in das Feld gegangen war, fuhr ihnen Simon mit seinem Rade nach. Mit einem schussbereiten Revolver, der er in der Tasche verborgen hielt, trat Simon an die Frauen heran und unterließ sich mit ihnen harmlos. Als ihm im Verlauf des Gesprächs die Frauen den Rücken wandten, rief Simon plötzlich den Revolver hervor und feuerte meuchlings auf das Mädchen, das mit schwerer Verletzung am Kopf im Blute zusammenbrach. Der Täter entfernte sich dann ruhig, setzte sich auf sein Rad und fuhr nach Kimplich, wo er sich selbst der Polizei stellte. Er wurde in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. Das Mädchen blühte mit dem Leben davonkommen.

Reihenbach. Keine Autobus-Verbindung über das Culengebirge. Die Schaffung einer künftigen Automobil-Verkehrslinie quer über das Culengebirge, die den Reihenbacher Industriebezirk von Reihenbach aus über Langenbielau nach Neurode mit der Grafschaft Glatz verbinden sollte, wird in absehbarer Zeit nicht zustande kommen. Wie in einer Besprechung des Culengebirgsvereins in Langenbielau mitgeteilt wurde, ist das Projekt aufgegeben worden, weil die hierfür notwendigen Geldmittel von ungefähr 120 000 Mark nicht aufgebracht werden sind.

Bereinstalender.

Naturfreunde. I. Pfingstfesttag: Sitteneinweihung in Sandberg. Amarsch früh 8 Uhr vom Lechten Keller. Abfahrt früh 8 Uhr vom Freiburger Bahnhof, 7.35 Uhr vom Hauptbahnhof bis Herrnsproß. — Pfingstsonntagabend, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus gemütliches Beisammensein mit den auswärtigen Gästen.

Deutscher Eisenbahnerverband. Donnerstag, den 12. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine Vollversammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute des D.E.B.V. statt. Die gewählte Abordnung der Unterpunktreise ist hierzu freundlichst eingeladen. Tagesordnung sehr wichtig. Auswärtige mitbringen. Die Ortsverwaltung.

Plötzlich und unerwartet entriß uns der Tod unseren hochverehrten Chef, den städtischen Friedhofs-Inspektor **Herrn Hans Thomas** im besten Mannesalter von 49 Jahren. Wir verlieren in ihm einen allzeit wohlwollenden Vorgesetzten, der uns durch seine hingebende Pflichttreue und reichen Fachkenntnisse immer ein anspornendes Vorbild gewesen ist. Sein Andenken wird in uns nie erlöschen. Breslau, den 10. Mai 1921. Das gesamte Personal 1812 der städtischen Friedhofsverwaltung Breslau-Gräbchen sowie der Betriebsrat der Friedhöfe Gräbchen, Orwitz und Cosel.

Am 10. Mai verstarb unser werter Kollege, der Werkheller 1872 **Julius Gärtner** im Alter von 35 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder des Deutschen Eisenbahner-Verbands. Beerdigung: Freitag, den 13. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kommunalfriedhofes in Gräbchen aus.

Sozialdemokratie und Schule Von Heinrich Schulz. — 3.50 Brl. — 20% Zuschlag. Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Postpostämtern entgegengenommen.

Prospekt (technische Zeichnung) **Anzüge Covercoats Raglans** best. Material 500 Mk. reine Wolle 450 Mk. Neueste Modelle. Erstkl. Sitz, in eigen. Werkstatt gefertigt. Skmt. Schneiderart. zu bill. Preisen. **Beyer, Breslau V., Gräbchenerstr. 4 (am Sonnenpl.)**

Breslauer Fleisch-Centrale Freitag und Sonnabend **Rindfleisch ohne Knochen Pfd. 13.—** **Suppenfleisch 10.—** **Frischer Speck, 16.—** **Pökelschinken u. Rippenspeck . 16.—** **amerik. Rauchspeck 10.—** sowie folgende Wurstwaren zu **Ausnahmepreisen** **Knoblauchwurst Pfd. 10.—** **Leberwurst 10.—** **Preßwurst 12.—** **Breslauer Fleisch-Centrale** Schmiedebücke 21 1. Etage.

Ausbauarbeiten Kauti Verlebung von Brillen, Anfertigen von Brillen, Reparaturen, Verlebung von Brillen, Reparaturen, Verlebung von Brillen, Reparaturen.

Freilaufnaben und Damenrad auch unbrauchbar oder neu **10000 zu kaufen gesucht** **Wianziers, Gräbchenerstr. 45.** **Anzerate** erzielen in der Volkswacht den größten Erfolg!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. Mai.

Sozialdemokratischer Verein.

Parteiorganisation und Genossen! Auf in die heute abend 7 1/2 Uhr in den Zentral-Saalen, Westendstraße 50/52 stattfindende

Mitglieder-Versammlung

in der zur politischen Lage Stellung genommen werden soll. — Eintritt nur gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches.

Der engere Parteivorstand tritt um 6 1/2 Uhr in der Versammlungsloge zu einer Sitzung zusammen.

Der Margaretendamm.

... da bleibe, wer Lust hat, mit Sorgen zu Haus.

Welchen Arbeiter oder Angestellten jüge es jetzt nicht hinaus ins Freie, in die grüne, blühende Welt des Wachstums und Werdens; wie gerne möchte er mit den Seintigen einen Ausflug in ferne Berge oder an die Gestade der Seen wagen, um neue Kräfte zu sammeln für seine Arbeit am Schraubstock oder auf dem Drehstuhl das ganze Jahr hindurch. Aber diese Erholung, der Zug in die freie Natur, ist dem Arbeitnehmer verschlossen; er muß seinen tagelangen Dienst zusammenhalten, und froh sein, daß er gerade zurecht für die bestbezahlten Lebensbedürfnisse. Welcher Arbeiter kann heute den Betrag für eine Reise, auch nur in die nächsten Berge, aufbringen? Darum muß er sich ein kleineres Ziel wählen, wenn er in seiner Urlaubszeit oder am Sonntag hinauszieht mit Weib und Kind; er ist auf die Umgebung seiner Heimatstadt angewiesen, und auch hier findet er manch schönes Plätzchen, wo er ausspannen und sich ausruhen kann von dem Frondienst des Alltags.

Als Bürger und als Hauptträger der Steuerlasten darf er aber verlangen, daß die Straßen und Stege, die aus dem Straßensaum heraus ins Grüne führen, in ordentlichem und gangbarem Zustande erhalten bleiben. Doch da sieht es mitunter recht jammervoll aus. Vom Weibstaplauf aus führt ein öffentlicher Weg, der Margaretendamm, nach Morgenau und weiter nach Kirchham, Keuhaus, Treßchen und wie die freundlichen Dörferchen alle heißen; und dieser Weg wurde recht fleißig benutzt; ganze Familien zogen mit Kinderwagen da entlang, um ihren Sonntag zu feiern. Wie aber sieht der Weg jetzt aus? Einige hundert Schritte vom Weibstaplauf aus ist er seit dem letzten kleinen Hochwasser völlig zerstört; in einer Breite von 7-8 Metern rauscht das Wasser darüber hinweg, und ein mitleidiger Anlieger hat eine Steinreihe darüber gelegt, damit der sogenannte Weg für gewisse Reiterer weniger einengemachten passierbar ist. Für Kinderwagen über die gefährdete Stelle zu transportieren ist völlig unmöglich, und die Familie, die mit einem solchen Fahrzeug dorthin gerät, ist gezwungen, umzusehen nach einem weiten Umweg über die Klosterstraße zu machen.

Vor einigen Monaten wurde an dieser Stelle in einem Aufsatz „Zur Erwerbslosenfrage“ auf die mangelhafte Beschaffenheit dieses Weges hingewiesen; was daraufhin getan wurde, ist nur Nixwerk gewesen; nun ist der Schaden viel größer geworden. Wir haben doch einen Verschönerungsverein und Verkehrsvereine; können die hier nicht helfen eingreifen? Und was sagt die Wasserbehörde, was sagt die Stadtverwaltung dazu, daß in nächster Nähe ihrer Gemeinde Zustände herrschen, die wir bisher nur in russisch-polen Ländchen konnten?

Daß der schmale Obfließ mit seinen ungeschützten Ufern durch ein dieser Tage angelommenes Riesen-Motorboot noch mehr belastet wird, dürfte zur Besserung der dortigen Wegeverhältnisse wohl auch nicht beitragen.

Die Hand- und Kopfarbeiter, ihre abgearbeiteten Frauen und ihre bleichsüchtigen, unterernährten Kinder, denen ein bißchen Erholung im Grünen so bitter notwendig ist, sie alle verlangen, daß auch im Arbeiterbezirk die Straßen vor endlich dem dringendsten Notstande abgeholfen wird.

Zur Lohnbewegung im Breslauer Bäckerhandwerk.

Am Dienstag, den 10. Mai, hielten die Breslauer Bäcker-Gesellen eine stark besuchte Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Bezirksleiter Hoffe berichtete von den letzten Verhandlungen mit der Bäckerinnung.

Besondere Aufmerksamkeit riefen die am Montag, den 9. Mai getätigten Verhandlungen vor dem Breslauer Schlichtungsausschuß hervor. Die große Masse der anwesenden Bäcker-Gesellen war mit der vorläufigen Äntzung nicht ganz einverstanden, und kam es diesbezüglich zu erregten Auseinandersetzungen.

Der amnestische Vertreter der Breslauer Bäckerinnung, Herr Dr. Dörlich, erklärte, daß die vor dem Schlichtungsausschuß gemachte Vereinbarung von dem besten Willen der Innung getragen sei, trotzdem mancher Meister auch hiermit noch nicht ganz einverstanden sei.

Die Vereinbarung lautet: Die Vertreter der Bäckerinnung erklären: 1. den Tarifvertrag abzuschließen; 2. die Lohnforderungen der Arbeitnehmer möglichst zu berücksichtigen. Die Parteien verpflichteten sich, sofort nach Eingang der Zustimmung der Reichsgetreidestelle in Verhandlungen einzutreten. Die Versammlung nahm noch folgende Entschlüsse an. Die heutige Versammlung beschließt auf Grund der Entschlüsse des Herrn Dr. Dörlich von einem kurzfristigen Ultimatum abzusehen. Sollten nach Eintreffen der Zustimmung der Reichsgetreidestelle 48 Stunden vergangen sein, ohne daß die Forderungen der Gesellen berücksichtigt sind, soll die Breslauer Bäckerinnung sofort erneut Stellung nehmen.

Der Schulstreik in juristischer Beleuchtung.

Wohl aus Anlaß des in der Volksschule 70 ausgebrochenen Streiks und der dabei beobachteten Ungehörigkeiten (Ausheften von Streifen usw.) sendet uns das städtische Presseamt folgende Ausführungen zur juristischen Klärung der Verhältnisse.

Daß ein Streik lediglich dann zulässig ist und eigentlich auch nur in dem Falle vorliegt, wenn es sich um die Durchsetzung irgendwelcher rechtlich anerkannter Forderungen handelt, liegt für jeden auf der Hand, der mit den bestehenden gesetzlichen Vorschriften auch nur einigermaßen vertraut ist. Weder das allgemeine Landrecht, noch das deutsche Strafgesetzbuch, noch irgend-

welche Verordnungen, selbst aus den allerletzten Jahren, kennen Begriffe wie Streik, Schulstreik usw., die aber nichts desto weniger ungehörliche, kraftlose Handlungen darstellen. Schon das allgemeine Landrecht kennt die Schulpflicht und damit die Verpflichtung der Erziehungsberechtigten, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Das Gleiche gilt von der Verordnung vom 16. Dezember 1899 über die Bestrafung von Schulverweisungen, die durch die in der Verordnung vom 9. Dezember 1910 vorgesehene erhöhte Strafenwirkung ergänzt wird. Das deutsche Strafgesetzbuch hingegen bestimmt in § 111, daß derjenige, der öffentlich vor einer Versammlung zur Begehung einer kraftlosen Handlung auffordert — also etwa in einer Elternversammlung zu einem Schulstreik — mit Geldstrafe bis zu 600 Mark bestraft oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft wird. Ferner schreibt das deutsche Strafgesetzbuch (§ 240) vor, daß derjenige, der einen anderen widerrechtlich durch Gewalt oder durch Bedrohung zu einer Unterlassung nötigt — also etwa ein Streikpolizei, der die Kinder am Betreten des Schulgebäudes hindert — mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 600 Mark bestraft wird. Endlich ist auch an die Möglichkeit eines Einschreitens durch das Vormundschaftsgericht zu denken, wie das in letzter Zeit bereits aus anderen Anlässen gegen Eltern geschehen ist, die ihren Kindern den Besuch der Schule verweigern.

Lebensmittelsammlung für Oberschlesien.

Infolge der Abkündigung der meisten ober-schlesischen Städte durch die polnischen Insurgenten ist in ihnen ein immer enger werdender Mangel an Lebensmitteln eingetreten. Die Interalliierte Kommission hat es zwar übernommen, die Verproviantierung des Industriegebietes sicher zu stellen, doch kann sie die von Tag zu Tag sich steigende Lebensmittelsammlung nicht beiseite lassen. Um diesen Mangel zu beheben und in der Lage zu sein, die ober-schlesischen Industriegebiete sofort nach ihrer Befreiung mit allem Nötigen zu versehen, haben die Vereinten Verbände heimatischer Oberschlesier durch ihre gesamten Organisationen eine umfassende Sammlung von unversehrten Lebensmitteln eingeleitet. Nach telefonischer Benachrichtigung (Ring 12045) erfolgt Abholung seitens der Sammelstelle.

Die Baudarlehensmittel erschöpft.

Dem Regierungspräsidenten als Bezirkswohnungskommissar liegen schon jetzt so zahlreiche Anträge auf Gewährung von Baudarlehens (Baustoffzuschüssen) zur Schaffung neuer Wohnungen vor, daß nur die Hälfte der angeforderten Wohnungen mit den verfügbaren Mitteln berücksichtigt werden kann. Die Höhe der Anträge muß daher vorläufig abgeklippt werden. Eine Berücksichtigung neuer eingehender Anträge kann nur bei einer etwaigen Neubewilligung von Mitteln oder bei einem Zurückziehen von bereits bewilligten Darlehen erfolgen.

Preisverdoppelung der Invalidenmarken.

Von der Landesversicherungsanstalt Schlesia erhalten wir folgende Zuschrift:

Durch Artikel I Ziffer 3 des Gesetzes vom 7. April 1921 — Reichsgesetzblatt Nr. 43, Seite 472 — betreffend Ergänzung des Gesetzes über eine außerordentliche Beihilfe für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung vom 26. Dezember 1920 ist bestimmt worden, daß zur Deckung der Aufwendungen für die Beihilfe die für die Invalidenversicherung festgesetzten Beiträge vom 20. Dezember 1920 ab verdoppelt und von diesem Tage ab die ausgegebenen Beitragsmarken zum doppelten Geldwert verkauft werden. Dies hat auch in den Fällen zu gelten, in denen für zurückliegende Zeiten Beiträge durch Verwendung von Beitragsmarken zu entrichten sind.

Durch diese Bestimmung sind die bisher in der Bevölkerung noch bestehenden Zweifel, ob auch für die vor dem 20. Dezember 1920 liegenden Zeiten, inwieweit Beiträge noch nicht geleistet sind, nunmehr Beitragsmarken zum doppelten Geldwert zu verwenden sind, beseitigt. Der Besondere kann daher nur wiederholt dringend empfohlen werden, zur Vermeidung von Weiterungen etwaige Rückstände an Beiträgen baldmöglichst zu begleichen und für regelmäßige Beitragsverwendung Sorge zu tragen.

Zentrale für Angestelltenvermittlung in Schlesia.

Im Berichtsjahre — vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 — meldeten sich insgesamt 14 066 Bewerber, davon 8263 männliche und 5703 weibliche. In offenen Stellen wurden für männliche Angestellte insgesamt 4715, für weibliche 3535 angesetzt. Von den Stellen für männliche Bewerber entfielen 209 auf technische Angestellte, Ingenieure und Werkmeister. Es konnten in Stellung gebracht werden 3884 männliche (davon 145 technische) und 2461 weibliche Angestellte. Von den männlichen Arbeitsuchenden waren 7201 stellenlos, 876 befanden sich in geförderter und 286 in ungeförderter Stellung. Von den vermittelten 3884 waren 3537 stellenlos, 297 in geförderter und 50 in ungeförderter Stellung. Von den weiblichen Arbeitsuchenden waren 4901 stellenlos, 758 befanden sich in geförderter und 44 in ungeförderter Stellung. Von den vermittelten waren 2029 stellenlos, 410 in geförderter und 22 in ungeförderter Stellung.

Bei Gegenüberstellung der Hauptgruppen: Arbeitsuchende 14 066, offene Stellen 8220 und besetzte Stellen 6345 fällt insbesondere das Missverhältnis zwischen der Zahl der Arbeitsuchenden und der offenen Stellen auf. Die Ursache hierfür ist nicht allein durch die ungünstige Wirtschaftslage gegeben, sondern z. T. darin zu suchen, daß viele Arbeitgeber die Anmeldeung der offenen Stellen unterlassen. Grund hierfür ist das Verhältnis zwischen den gemeldeten Stellen und den Besetzungen; es sind 77,2 v. H. der gemeldeten Stellen besetzt worden. Der Rest ist z. T. ins neue Geschäftsjahr übernommen, anderweitig besetzt oder konnte mangels geeigneter Bewerber nicht besetzt werden.

Bei der Vermittlung von Angestellten muß in erster Linie die Eignung maßgebend sein. Kadernmäßig geschulte Kräfte unter Leitung eines erfahrenen Praktikers nehmen die erste Sichtung vor, um der Arbeitgeberchaft die Arbeit zu erleichtern und den Angestellten die hohen Entlohnungen für Bewerbungen zu ersparen. Die Arbeitgeberchaft wird dringend gebeten, alle offenen Stellen zu melden.

Stimmenkauf.

Eine nur schwer aufzuklärende Angelegenheit beschäftigte die Breslauer Strafkammer. Der Kantor Theodor Dörlich aus Königsbütte war in Gობულა abstimmberechtigt, verheiratet aber zu der Zeit in Neisse eine militärische Strafe. Da er dort keine Zivilkleidung hatte, mußte er nach Breslau kommen, um sich von den heimatischen Oberleuten einleihen zu lassen. Hier begegnete er auf der Hauptstraße dem Handelsmann Meyer Schintowitz aus Warchau, der durch sein Neuhäuser Wirt ohne Herkunftsvermerk. Diesen sprach er an und fragte ihn, ob er nicht jemanden wisse, der ihm seine Abstimmungsrechte für 3000 Mark abkaufe. Sch. ging darauf ein, und sagte, er habe nicht sonderlich Geld, aber er habe keine, die die Papiere aufkaufen. Nachdem er ihn hin und her geführt hatte, ließ Schintowitz den Dörlich verhaften.

Dörlich verwarfte sich in der Verhandlung ganz entschieden dagegen, die Abstimme gekauft zu haben, seine Papiere zu verkaufen. Er sei ein guter Deutscher und wäre zur Abstimmung gegangen. Es sei ihm aber bekannt, daß auf die Ergreifung von Stimmen-

aufkäufem Belohnungen ausgesetzt waren, und um diese war es ihm zu tun. Er habe auch das Gefühl gehabt, daß Sch. die Papiere gekauft haben würde, wenn er die nötigen Leute bei der Hand gehabt hätte. Da die Sache nicht aufzuklären war, erliefte das Gericht auf Freisprechung.

Wilhelm als Steuerkontrollleur.

Ein Breslauer Steuerzahler schreibt uns: Die Steuerformulare zur Veranlagung für 1920 werden im Hofe des Finanzamtes Taschenstraße in einer Parade ausgegeben, was als eine anerkanntswürdige praktische Einrichtung im Interesse der beschleunigten Abfertigung des Publikums zu begrüßen ist. Es macht aber einen recht sonderbaren Eindruck auf republikanisch gesinnte Bürger, daß über den Kästen, Kisten und Papierballen in recht augenfälliger Weise „Wilhelm a. D.“ prangt. Was hat Wilhelm, umgeben von seinen Vorfahren, mit diesem republikanischen Büro zu tun? Besonders freudig erfüllt heut gemiß kein deutscher Bürger seine Steuerpflicht; ob aber das Bild „Wilhelm a. D.“ imstande sein wird, das steuerliche Pflichtbewußtsein unserer Volksgenossen zu heben, muß zum mindesten stark bezweifelt werden.

Es dürfte sich empfehlen, daß das Finanzamt einen anderen Winkel seiner Räumlichkeiten für die Aufbewahrung derartiger vorzeiglicher Porträts verwendet.

Japanisches Riesenfeuerwerk.

Die Heeresverwaltung hat aus ihren Munitionsbekänden eine gewisse Menge zur Verwendung bei Feuerwerken freigegeben. Die Berliner Kunstfeuerwerkfabrik Reichmann und Co., die in Canth eine pyrotechnische Fabrik besitzt, hat einen Teil dieser Munitionsbekände käuflich erworben. Sie veranstaltet nun in den nächsten Tagen vor der Hauptkassantwirtschast der Jahrhunderthalle Kunstfeuerwerke nach japanischer Art in größter Stufe. Japanische Feuerwerke sind in Breslau nur vor Jahren einmal gezeigt worden. Sie werden zu meist bei Tageshelle abgebrannt, wodurch aber die Wirkung keinesfalls beeinträchtigt wird. Für die ersten Feuerwerke, die für Breslau auf pyrotechnischem Gebiet eine Sensation bringen werden, sind bereits alle Vorbereitungen getroffen worden. Ein Teil des Reinertrages soll zum weiteren Ausbau der Jahrhunderthalle verwendet werden. Alles Nähere ist aus den Inseraten der „Volkswacht“ ersichtlich.

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichts-Beisitzer hatten Freitag, den 20. Mai abends 9 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses eine erste wichtige Sitzung ab. Tagesordnung: 1. Wahl eines Obmannes und eines Schriftführers, 2. Welche Rechte und Pflichten haben die Beisitzer? Referent: Bez.-Arb.-Sekretär A. Weichert. 3. Stellungnahme zur Ablehnung der Gewerkschaftssekretäre als Parteivertreter. 4. Aus der Rechtsprechung und Verschiedenes.

Arbeiter-Stenographenbund „Arbeits“. Der 11. Bundestag des Deutschen Arbeiter-Stenographenbundes System „Arbeits“ findet am 15. Mai und folgende Tage in Leipzig (Volkshaus) statt.

In Pfingsten geschlossen. Stadtbibliothek und Stadtschule bleiben in den Tagen von Sonntag, den 15. Mai bis Mittwoch, den 18. Mai, geschlossen. Die Staats- und Universitätsbibliothek ist in der Pfingstwoche von 17. bis zum 21. Mai wegen größerer Reinigungsarbeiten geschlossen. Die Reichsbank bleibt am Pfingstsonntag, den 14. Mai, von 12 Uhr mittags für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Zoologischer Garten. Seit dem 1. Mai hat Herr Otto Thomass, der bisherige Inhaber des Konzipienhauses Wappenhof, das gesamte Anwesen Zoologischer Garten übernommen. Der Park ist nach gründlicher Instandsetzung jetzt täglich dem Publikum bis 1 Uhr mittags zur Erholung freigegeben. Von 4 Uhr ab finden täglich Konzerte des renommierten Soubas Ulrich-Drehschäfers statt. Familienkarten können jetzt durch das Büro bezogen werden. Auf die vom 6. bis 9. Juni stattfindenden Johann Strauß-Konzerte wird schon jetzt hingewiesen.

Amerikanischer Vergnügungspark. Die Vorarbeiten für die Errichtung des amerikanischen Vergnügungsparks in Breslau-West auf dem Gelände des ehemaligen Kaiser-Friedrich-Parkes (Klein-Gandau, Hellerstraße) sind soweit gediehen, daß bestimmt am Pfingstsonntag mit der Eröffnung zu rechnen ist.

In Luna-Park in Morgenau sind mehrere große Feuerwerke im Gange, deren Vollendung nach diese Woche erfolgt, sodas ab Pfingsten ein erweiterter Betrieb mit neuem Programm auf der Tagesordnung sein wird. Die drei Ketos, die Todesradfahrer an 17 Meter hohen Masten, treten nur noch bis Sonntag, den 14. Mai, auf.

Zigaretten-Versteigerung. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Kaufmann Kurt Hahn wegen Zigaretten-Versteigerung zu 6919 Mark Geldstrafe. Hahn kaufte im Sommer in Berlin von einem Offiziersstellvertreter 54 900 Stück Zigaretten für 2900 Mark. Die Zigaretten waren unverschleiert und wurden bald beschlagnahmt.

Festas Haus. Die Groß-Banderschau gibt heute abend 7 1/2 Uhr eine Gala-Parade-Vorstellung und wird besonders darauf hingewiesen, da Sonntag 2 Vorstellungen, nachmittags 3 1/2 und 7 1/2 Uhr stattfinden. Nachmittags zahlen Kinder halbe Preise. Einladungskarten sind im Verkehrs-Büro Barack und ab 10 Uhr an der Zirkusstraße zu haben.

Verkauf von Margarine. In Geschäftskreisen besteht vielfach die Ansicht, daß der Verkauf von Margarine im Kleinhandel in beliebiger Verpackung erfolgen darf. Nach den bestehenden Bestimmungen ist jedoch dieses Verkaufsverfahren kraftlos. Margarine darf, worauf der Polizeipräsident ausdrücklich hinweist, nur in Umhüllungen abgegeben werden, auf denen die Aufschrift „Margarine“ mit dem Namen oder der Firma des Verkäufers angebracht ist.

Eine Briefstange mit 1000 Mark ist dieser Tage einem Gerichtsreferendar entwendet worden, als er sich auf einer Bank auf dem Lantentempel für kurze Ruhe niederlassen wollte. Es hatte neben ihm ein Fräulein gesessen, das ihm die Briefstange entwendet hat. Die Diebin wurde gefaßt und als eine Weibchen inhaftiert. Man fand von dem Gelde noch 760 Mark bei ihr vor.

Bestrafung hat die Polizei ein Herrenrad ohne Marke und Nummer, am Steuer des Radfahrers „Obersiedler“, Handglobe mit Hirschkopf, am Vorderrad ein Komus als Radler. Der zum mögliche Dieb gab an, das Rad auf dem Bahnhof in Trebnitz von einem Unbekannten gekauft zu haben. Der Eigentümer meldete sich am 4. des Monats im Polizeiamt.

Der geschlossene Koffer. Mittels Einbruchs ist in der Nacht zum 4. Mai eine braune Stuhl, 4 Jahre alt, die vor einem mit weißer Leinwand ausgelegenen, mit Stroh gefüllten Omnibuswagen gepackt worden ist, entwendet worden. Am 7. Mai wurde ein prächtig gezierter Koffertwagen, vor dem ein dunkelbrauner Koffer mit Blau gepackt war, unterlagert. Von der Abrechnung ist am 9. Mai, früh 5.45 Uhr, ein Koffer gepackt worden, das aus einem grünen Gemäldebestand, der mit einem 6 Jahre alten Buch mit Stein besetzt war. Meldungen erbeten nach Zimmer 57 des Polizeipräsidiums.

Einen feinen Tropfen erkrankt hat ein Dieb, der in der Zeit vom 5. bis 9. Mai einem Keller Hohenzollernstraße 119/121 Besuch abstattete; etwa 20 Flaschen Sekt der Marken „Schloß Sauerfels“, „Jean Claude Verret“ und „Kühling“ sind als Beute beschlagnahmt worden.

